

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 8

Artikel: Die internationalen Frontorganisationen 4. Der Weltfriedensrat (WFR)
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094983>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationalen Frontorganisationen

Der Weltfriedensrat (WFR)

Laszlo Revesz

Unter den internationalen Frontorganisationen, die Moskau als Transmissionsriemen zu den Ländern ausserhalb des eigenen Lagers dienen, ist der Weltfriedensrat darauf spezialisiert, die Abrüstung bei den potentiellen Feinden voranzutreiben und die sowjetische Aufrüstung samt den sowjetischen Kriegsaktionen (Ungarn 1956, CSSR 1968) als Dienst am Frieden zu propagieren. Von der Sowjetunion unterstützte Kriege (z. B. heute die nordvietnamesische Aggression) gelten als «aktive Friedensverteidigung». Der WFR ist das direkte Instrument der gleichen Sowjetführung, die im eigenen Land eine Militarisierung betreibt, die nur im Hitler-Deutschland der Vorkriegszeit eine Parallele hat.

Die Weltfriedensbewegung wurde von der Sowjetunion 1949 ins Leben gerufen, um den Kampf für den im marxistisch-leninistischen Sinne interpretierten Frieden zu propagieren und zu führen. Sie suchte die Wirksamkeit der sowjetischen, klassengebundenen und «revolutionären Friedensoffensive» auszudehnen und dadurch dem «imperialistischen Lager» innere Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Friedensbewegung . . .

Die Vorbereitungen wurden am Breslauer (Wroclauer) Weltkongress der Kulturschaffenden vom 25. bis 28. August 1948 getroffen, an dem man den Einsatz der westlichen Intellektuellen zur Festigung eines marxistisch-leninistisch aufgefassten Friedens erörterte, ausgehend von der Feststellung, dass unter den heutigen Bedingungen die sozialistische Revolution viel eher im Frieden als durch einen Weltkrieg heranreife.

Dieser Kongress «entlarvte» die neue Kriegspolitik und als deren Träger die USA und verlangte die Mobilisierung der friedliebenden und demokratischen Kräfte in der ganzen Welt gegen diese Politik, praktisch also vorrangig gegen die USA. Gleichzeitig entstand ein internationales Komitee für die Kontakte der Kulturschaffenden zwecks Friedensverteidigung mit Sitz in Paris.

Anschliessend wurden in den einzelnen Ländern nationale und lokale Komitees oder Gruppen zur Friedensverteidigung gebildet. Das Internationale Komitee in Paris setzte sich dafür ein, einen Weltfriedenskongress einzuberufen. Dieser tagte erstmals vom 20. bis 25. April 1949 parallel in Paris und Prag. Die französische Regierung hatte nämlich etlichen «Friedensverteidigern» — in erster Linie aus dem Ostblock — das Visum verweigert, weshalb diese nach Prag auswichen. Ein Artikel des Präsidenten des Sowjetischen Komitees für Friedensverteidigung, Nikolaj Tichonow, zum zwanzigjährigen Jubiläum der

4 Weltfriedensbewegung erinnerte mit folgenden Worten an die Ereignisse, die zur Gründung der Friedensbewegung als Antwort auf die Nato-Gründung geführt hätten:

«Die Imperialisten und Reaktionäre begriffen die Gefahr einer solchen mächtigen Demonstration. So traf die Reaktion Massnahmen, damit die Delegierten des Kongresses, darunter auch die Mehrheit der sowjetischen, nicht nach Paris kommen konnten.»¹

. . . zur Absicherung sowjetischer Militäraufmärsche

Die Losung des Friedens nach dem langen Weltkrieg verfehlte ihre Wirkung nicht; der Kongress war ein Erfolg. Es wohnten ihm 2065 Delegierte aus 72 Ländern bei; vertreten waren 561 nationale oder lokale Friedensorganisationen und 21 internationale Vereinigungen. Der Kongress sprach sich — im Namen von 600 Millionen «organisierten Friedenskämpfern» — für die Forcierung des Friedenskampfes aus. Er verlangte die Entlarvung der angloamerikanischen Kriegshetzer. Organisatorisch bildete er für die operative Leitung der Bewegung ein Ständiges Komitee («Weltkomitee der Friedenspartisanen») aus Vertretern der 72 Länder, welches im November 1950 in *Weltfriedensrat* umbenannt wurde.

Während Stalin im Spätsommer 1948 in Ungarn, Bulgarien und Rumänien gegen Titos Jugoslawien seine Divisionen aufmarschieren liess, wurde eine Friedensveranstaltung nach der andern abgehalten; in den ersten Jahren war das von Joliot-Curie geleitete Zentrum sehr aktiv. Im August 1949 tagte eine Konferenz für Friedensanhänger in Moskau, im November des gleichen Jahres eine weitere in Indien. Nationale Kongresse der Friedensverteidiger wurden in Eng-

(Fortsetzung von Seite 3)

unabhängigen — Nachmittagszeitung «A Capital» schreiben. Drei Jahre ihres Lebens hat sie unter dem alten Regime im Gefängnis verbracht. Von ihr stammt — in freier Uebersetzung — der Ausspruch: «... erst Freiheit in Gefahr ist revolutionär. ... (... quando a liberdade está em perigo só ela é revolucionaria ...)» Diese Worte hat sie nicht im Gefängnis zu Zeiten des verhassten, mittlerweile hinweggefegten Regimes niedergeschrieben, sondern am 20. Januar dieses Jahres.

Unter der alten Diktatur im Gefängnis. Heute aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen.

Und sie sagt: «Wenn ich nicht mehr schreiben darf, so weiss ich, dass ich wieder ins Gefängnis muss. Sie töten nicht. Sie verstehen es, den Leuten das Rückgrat zu brechen. Das haben sie der PIDE (frühere Staatspolizei) voraus.»

Natalia Correia, in deren Plüschlokal auf einem der sieben Hügel Lissabons noch vor dem 11. März fröhliche Minister «lustige Lieder in die Klaviersaiten hämmerten», darf nicht mehr schreiben:

«Ich bin heute aus dem portugiesischen Schriftstellerverband ausgeschlossen worden. Ich bin die erste Dissidentin des Weltkommunismus in einem

freien westlichen Staat der Atlantischen Allianz (Nato). Schreiben Sie das nur ruhig hin. Auch wenn es zu spät ist, auch wenn es nichts mehr nützt.» ...

Es war ihr Wunsch, aber nicht mein Versprechen, ihren Namen nicht zu erwähnen. Dem Wunsch wird hier nicht stattgegeben. Aus der Ueberlegung und Hoffnung heraus, der eine oder andere europäische Schriftstellerkollege werde einmal, wie zu Zeiten des «faschistischen Regimes», die Frage nach der freien Meinungsäusserung in Portugal aufwerfen. Er könnte damit Natalia Correia unter Umständen vor dem Gefängnis bewahren, das ihr im Augenblick so gewiss wie sicher erscheint. (Wenn die Hoffnung auf die westeuropäischen Schriftstellerkollegen übrig bleibt ... pauvre Natalia; Red. ZB.)

Mario Soares lässt zurzeit seine Exilwohnung in Paris renovieren. Ich wage hier die Behauptung, dass er der erste namhafte portugiesische Politiker sein wird, der sich (abermals) ins Exil begeben wird.

Die Pariser Wohnung von Soares wird renoviert . . .

«Er gibt sich als Marxist, lebt aber wie ein bourgeois Kapitalist», sagt Alvaro Cunhal neuerdings von Soares. Den anderen, verbliebenen demokratischen Parteien (nach westeuropäischem demokratischem Ermessen), so den Zentrumsdemokraten und Volksdemokraten, bescheinigt

er, dem «Schosse der Faschisten entsprungen» zu sein und «oft das Spiel der Reaktion mitgespielt» zu haben. Und die Kirche — im katholischen Portugal — «ist immer noch sehr reaktionär». Sie habe ja auch «vollständig im Dienste der Faschisten» gestanden.

Armer Mario Soares, der mit geballter Faust auf rötlichem Plakat ein «freies Land errichten (construir um pais livre)» wollte, der noch im Dezember vergangenen Jahres erklärte: «Es gilt die Demokratie zu sichern und unsere Wirtschaft auszubauen . . . Es ist bekannt, dass die Militärbewegung keine politische Partei ist.» ...

«Ihr habt nichts anderes verdient!»

Isabela — auch sie — weinte: Klein- und Mittelbürgertum in Natalia Correias Plüschlokal zusammengedrängt in «bürgerlicher dekadenter Nostalgie». Das Klavier klimperte der Vergangenheit nach — und Isabela, deren Mann in Afrika gefallen ist, aber eine für die nächsten Jahre ausreichende Versicherung hinterlassen hat, heulte: «Es ist mir gleichgültig, was sich letzten Endes hier abspielt. Ich liebe dieses Land. Und nur dieses Land. Ihr habt uns nie geholfen. Helft euch jetzt selbst. Auch wenn beispielsweise am 1. Mai die ‚bewaffnete Arbeiterklasse‘ die bis anhin nichts als debattierenden Militär-Marxisten im ‚Namen des Volkes‘ hinwegfegt und die Wahlen für ungültig erklärt. Ihr habt nichts anderes verdient!» ■

land, Belgien, Holland, in den USA (1949) und in allen osteuropäischen Staaten abgehalten, der 2. Oktober wurde als internationaler Tag für Antikriegskundgebungen ausgerufen. All dies ein Jahr nach den massiven Drohungen gegen Jugoslawien!

Ermuntert durch das wahrscheinlich über Erwar- ten grosse Echo trieb der Weltfriedensrat die Friedenskampagne 1950 mit noch grösserem Elan voran. Vom 15. bis 19. März 1950 veranstaltete er in Stockholm eine Konferenz, welche eine Unterschriftensammlung für Frieden und Ver- nichtung der Atomwaffen beschloss — da sich solche damals nur in amerikanischem Besitz be- fanden.

Bis 1952 vermochte der WFR in der ganzen Welt über 600 Millionen Unterschriften zu «sammeln» — in erster Linie in Osteuropa.²

Das Volk nannte die zwangsweise «Friedens- anleihe» schlicht und einfach «Kriegsanleihe»

Gleichzeitig zwang Moskau die Bevölkerung des sowjetischen Imperiums von Wladiwostok bis zur österreichischen Grenze mit drastischen Mitteln, dem Staat «Friedensanleihe» zu gewähren, das heisst, praktisch auf 10 Prozent des Gehaltes zu verzichten. Wer sich weigerte, wurde als Verbün- dete der Imperialisten gebrandmarkt und ver- folgt. Während man im Westen für die Unter-

schriftenaktion eine beträchtliche Kampagne auf- zog, starteten die osteuropäischen Staaten mit der «sozialistischen» Industrialisierung, um die «Verteidigungsindustrie» aufzubauen und somit den Frieden «aktiv» zu verteidigen.

Während das Volk die Friedensanleihe gewöhn- lich «Kriegsanleihe» nannte, verabschiedeten die von der KP geleiteten und kontrollierten gesetz- gebenden Körperschaften der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen «Bruderländer» Friedens- gesetze, um der Welt die absolute Friedensbereit- schaft des gesamten sowjetischen Imperiums zu zeigen.

Entschiedener Kampf gegen die Atombombe — bis die UdSSR sie auch hatte ...

Vom 16. bis 22. November 1950 wurde in Hel- sinki der II. Weltfriedenskongress³ abgehalten, welchem über 2000 Teilnehmer aus 81 Ländern beiwohnten. Er beschloss die Ausdehnung der Bewegung und die Erweiterung der Kampagne für das Verbot der Kriegspropaganda und gegen Kriegsvorbereitungen sowie für die Einschrän- kung der Rüstung und erklärte die Atomwaffe als rechtswidrig (nachdem dann auch die Sowjet- union Atommacht geworden war, liess man die- sen Teil des Beschlusses tacite fallen). Dieser Kongress verlieh der Friedensbewegung einen fe- steren Rahmen, indem er anstelle des Ständigen Komitees (Weltkomitee der Friedenspartisanen) den Friedensrat mit 100 Mitgliedern wählte. 1957 zählte dieser schon 450 Mitglieder, da nicht nur die einzelnen Friedensorganisationen Sitze erhiel- ten, sondern auch die übrigen unter Sowjetkon- trolle stehenden «internationalen demokratischen Organisationen».

Der Sitz des WFR war zuerst — wie auch des WGB — Paris, bis ihm dort im April 1951 die weitere Tätigkeit verboten wurde. Er liess sich also in Wien nieder und organisierte von dort aus die Aktionen zum Verbot der (amerikani- schen) Atomwaffe usw.

Zwischen 1951 und 1956 hielt der WFR folgende Sessionen ab:

21.—26. November 1951, Ostberlin: Aufruf an die Völker zum Abschluss eines Friedensvertra- ges. Resolutionen: Ueber die UNO, die friedliche Lösung der deutschen, japanischen und koreani- schen Fragen, über den Friedenskampf in den kolonialen Ländern.

1.—7. November 1951, Wien: Resolutionen: Kampagne zum Abschluss eines Friedensvertra- ges zwischen den fünf Grossmächten, u. a.

1.—6. Juli 1952, Ostberlin: Aufruf an die Regie- rungen der Grossmächte und alle Völker für Kampf gegen die Remilitarisierung Japans und für ein demokratisches Japan sowie für die Einstellung des Krieges in Korea. («Demokratie» verstehen die einfachen «Friedenskämpfer» und ihre Leiter verschieden; die ersten als eine pluralistisch- parlamentarische und die anderen als die «höchste Stufe der Demokratie», nämlich die Diktatur des Proletariates.)

15.—20. Juni 1953, Budapest: Erklärung über die Eröffnung einer Weltkampagne für Friedens- verhandlungen.

25.—28. November 1953, Wien: Botschaft an alle Organisationen und Funktionäre, welche sich für die internationale Entspannung einsetzen. Reso- lutionen: Ein konkretes Aktionsprogramm für die Friedenskämpfer, usw. ▶

die politische meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Heft Nr. 159 (März/April 1975) ist der in letzter Zeit viel erörterten Frage nachgegangen, ob der vielzitierten «Tendenzwende» auch eine konstruktive Rückbesinnung auf die Erfahrungen der Geschichte folgen wird. Unter dem Stichwort

Wiederentdeckung der Geschichte?

schreiben u. a.:

Prof. Dr. Theodor Schieder: «Das deutsche Geschichtsbewusstsein — gestern und heute»

Prof. Dr. Dr. Peter Berglar: «Ohne Vergangenheit keine Zukunftssicherung»

Heinrich Dietz: «Der Ruf nach dem Bleibenden»

Gerd-Klaus Kaltenbrunner: «Brauchen wir die Geschichte?»

Frank Reuter: «Aus der Sicht der DDR ...»

Alfred Schickel: «Zeitgeschichte — schief und entstellt»

Ausserdem Beiträge u. a. von:

Prof. Dr. Otto Kimminich: «Diskussion um den Rechtsstatus Deutschlands»

Hans Rühle: «Ende der Entspannung?»

Das Heft Nr. 158 (Januar/Februar 1975) hatte sich unter dem Stichwort:

Bedrohte Freiheiten?

mit den aktuellen Fragen der inneren Sicherheit des Staates und des Einzelnen im Rechtsstaat beschäftigt.

Dazu schrieben u. a.:

Prof. Dr. Günther Willms: «Streitbare Demokratie — aber wie?», Prof. Dr. Erich Schwinge: «Terroristen und ihre Verteidiger», Heinz Schwarz: «Sicherheit im Rechtsstaat», Franz Kaufherr: «Blick auf den Baader-Meinhof-Prozess», Friedrich Graf von Westphalen: «Abschaffung des Strafrechts?».

Herausgeber: Dr. Bruno Heck
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
für politische Bildung und Studienförderung
e. V.

Chefredakteur: Dr. Karl-Willy Beer

Heftumfang ca. 100 Seiten. Einzelpreis DM 5,-, Jahresbezugspreis für 6 Hefte DM 25,-, für Schüler und Studenten (bei Vorlage einer Studienbescheinigung) DM 16,- inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten.

EICHHOLZ-VERLAG GmbH D-53 Bonn Postfach 458

► 24.—28. Mai 1954, Ostberlin (ausserordentliche Tagung): Beschlüsse über Verbot von Atomwaffen und über die internationale Sicherheit.

18.—23. November 1954, Stockholm: Aufruf für die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zwecks Festigung der Sicherheit. Beschlüsse: Ueber die Lage in einigen Ländern Asiens, über die Lage in den abhängigen und halbkolonialen Ländern, über den Kampf der friedliebenden Kräfte für Abrüstung und Verbot der Massenvernichtungswaffen; Aufruf zur Einberufung einer Weltkonferenz für die Vertreter aller friedliebenden Kräfte.

5.—9. April 1956, Stockholm (ausserordentliche Tagung): Deklaration über atomare Waffenruhe und Abrüstung, Resolution zur Entspannung usw.

Der Ueberfall auf Budapest störte nicht lange

Eine Gegenüberstellung der sowjetischen Aussenpolitik und der Tätigkeit dieses «Friedensorgans» zeigt überzeugend, dass sich der WFR immer mehr in ein inoffizielles Sprachrohr der Moskauer Führung umwandelte.

Ueber die blutige Niederwerfung des ungarischen Aufstandes 1956, die Verletzung sogar der eigenen aussenpolitisch-völkerrechtlichen Prinzipien durch die «Friedensmacht», die Sowjetunion, verlor der WFR kein Wort. Allerdings musste er einige Aktionen nach 1956 zeitlich hinausschieben; bis zu den sechziger Jahren war der krasse Widerspruch zwischen der offiziell propagierten Politik der Nichteinmischung und der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität

einerseits und der tatsächlichen sowjetischen Aussenpolitik andererseits in vielen Kreisen schon vergessen.

Die Tagung des WFR vom 24. bis 29. März 1961 in Neu-Delhi erliess also erneut einen Aufruf an die Völker der Welt zur Unterstützung der (sowjetischen) Abrüstungsinitiative.⁴ Gleichzeitig nahmen die Teilnehmer Beschlüsse zur Unterstützung des Befreiungskampfes im Kongo, in Laos, Kuba, Algerien, Goa, Korea, Vietnam und Indonesien an, wobei der Krieg gegen den Kolonialismus als Bestandteil des Kampfes für den Frieden dargestellt wurde.⁵

Im April desselben Jahres holte der WFR nach, was er nach der Zerschlagung der ungarischen Freiheit durch die Sowjettruppen hätte machen müssen; er organisierte nämlich eine grosse Protestkampagne gegen die Aggression — des «amerikanischen Imperialismus» gegen Kuba. Das ganze Jahr 1962 verlief im Zeichen der Kubakrise, welche selbstverständlich dem «amerikanischen Imperialismus» in die Schuhe geschoben wurde. Die WFR-Tagung vom 26. bis 29. Oktober in Stockholm mobilisierte die Friedenskämpfer mit einem diesbezüglichen Aufruf. Auch der vom 9. bis 14. Juli abgehaltene «Weltkongress für allgemeine Abrüstung und Frieden» verlief im Zeichen dieser Slogans.

China wendet sich gegen den «Frieden» der sowjetischen Militaristen

1963 spitzten sich innerhalb der Führungsorgane der Friedensbewegung die Gegensätze zwischen Sowjets und Chinesen zu.

China begann damals in allen internationalen

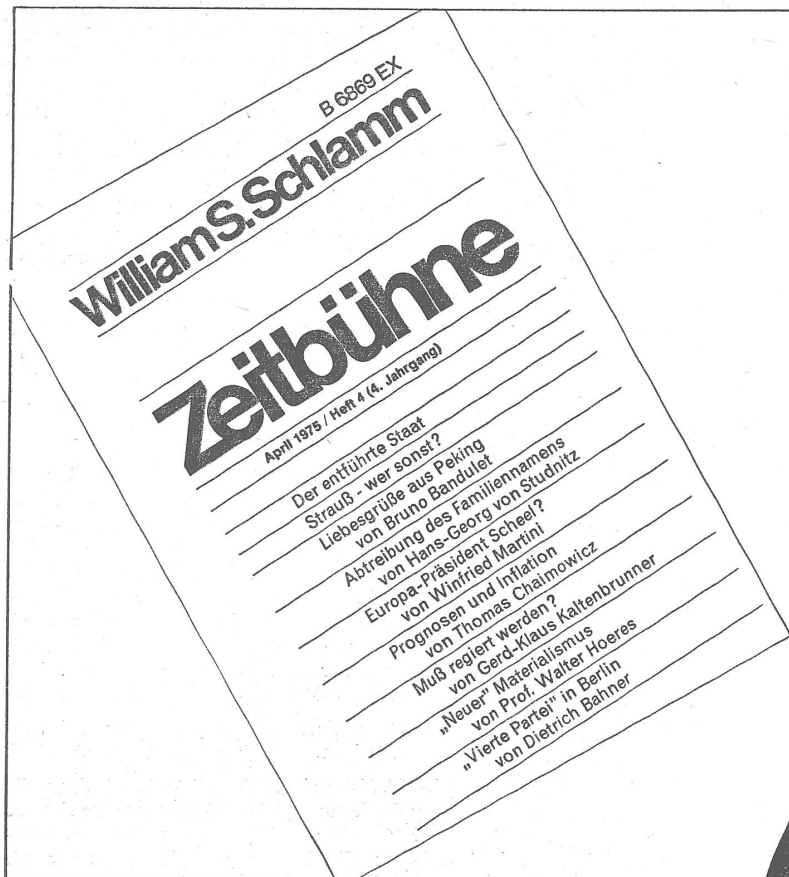
Organisationen (siehe ZB, Nrn. 5—7), in erster Linie in der Friedensbewegung und in der Organisation für die afroasiatische Solidarität, gegen die Hegemoniebestrebungen der Sowjets zu protestieren. Es warf der Sowjetunion mit vollem Recht vor, sie habe diesen Organisationen ihre eigene politische Linie aufgedrängt, sie zu Sprachrohren ihrer politischen Ziele gemacht und dabei die Opposition grob unterdrückt. Bezeichnend war in diesem Zusammenhang die Rede des chinesischen Delegierten an der Warschauer WFR-Tagung (28. 11.—2. 12. 1963).⁶

Sowjetischerseits drehte man die Vorwürfe Richtung China um. In Warschau stimmten die Delegationen aus China, Korea, Vietnam und Albanien, zum Teil unterstützt von den japanischen und venezolanischen Vertretungen, gegen das Hauptdokument (Aufruf zur Aktionseinheit). 1964, auf der Budapester Sitzung des WFR-Präsidiums vom 25. bis 27. April, kam es zu noch schärferen Zusammenstößen, und die chinesischen Vertreter nahmen nach der Tagung gegen den WFR Stellung.

Seit der militärischen «Normalisierung» der CSSR ist die WFR-Servilität gegenüber Moskau total geworden

Das Jahr 1964 diente der Propaganda für die Errichtung einer atomfreien Zone in Europa und dem Kampf gegen die NATO-Streitkräfte, ohne dass man über die Warschauer-Pakt-Einheiten ein Wort verloren hätte (Präsidiumssitzungen in Budapest vom 25. bis 27. April und in Ostberlin vom 6. bis 9. Dezember).

Die Berliner Präsidiumssitzung rief alle nationa-



Die «ZEITBÜHNE» wird von William S. Schlamm herausgegeben. William S. Schlamm und namhafte Autoren der internationalen Publizistik kommentieren das aktuelle Geschehen und machen Alternativen sichtbar. Die «ZEITBÜHNE» versteht sich als engagiert politisches Organ, das niemandem verpflichtet sein will.

Lernen Sie die «ZEITBÜHNE» kennen. Schicken Sie den Informationsgutschein an: «ZEITBÜHNE», D-8000 München 81 Efferstrasse 70 oder A-5024 Salzburg, Postfach 108 oder CH-6300 Zug, Im Rötel 1

Informations-Gutschein

für kostenlose, unverbindliche Zusendung von zwei Probeheften der «ZEITBÜHNE». (bitte an folgende Adresse:)



Gedenkstein in der Potsdamer Chaussee

am Autobahnverteiler «Kleeblatt»
der Berliner AVUS

Den russischen Offizieren und Soldaten, die sterben mussten, weil sie sich weigerten, auf die Freiheitskämpfer des 17. Juni zu schießen.

Diese Bildpostkarte ist immer aktuell! Erhältlich gegen Voreinsendung des Betrages von DM —,20 pro Stück (6 Stück DM 1,—) in deutschen Briefmarken, Postgutscheinen oder auf Postcheckkonto «Russland und wir», Frankfurt/M. 208 206 - 604, «Russland und wir»-Verlag, D-6380 Bad Homburg.

len Friedenskomitees sowie alle friedliebenden Menschen sowie Menschen guten Willens auf, für einen Weltfriedensfonds zu sammeln.⁷ Dieser kam jedoch wahrscheinlich nicht im erhofften Ausmass zustande, weshalb man über einen «Weltfriedensfonds» nichts mehr lesen konnte.

Das wichtigste Ereignis des Jahres 1965 war der im Juli in Helsinki abgehaltene Weltkongress für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung. Die dem Kongress beiwohnenden Pfarrer erliessen eine allgemeine Erklärung an die Völker der Welt und riefen diese auf, von ihren Regierungen eine Distanzierung vom amerikanischen Imperialismus zu verlangen sowie den Kampf der Entwicklungsvölker aktiv zu unterstützen. Nicht ohne Interesse ist die soziale und nationale Zusammensetzung der Kongressmitglieder: Unter den 1470 Vertretern aus 99 Ländern und 18 internationalen Organisationen (davon 136 nur Beobachter) gab es nur 145 Arbeiter und Bauern gegenüber 125 Wissenschaftlern, 130 Journalisten, 109 Professoren und Dozenten, 95 Studenten, 90 Juristen, 72 Schriftsteller, 41 Pfarrern, 35 Künstlern, 33 Ingenieuren und Technikern usw.

Die drei weiteren Veranstaltungen des Jahres, drei Präsidiumssitzungen in Ostberlin (anwesend waren die Vertreter von 52 nationalen Friedenskomitees), Brüssel und Stockholm, befassten sich hauptsächlich mit Vietnam und riefen die Woche vom 23. bis 30. Mai zur Vietnamwoche aus.

Die Jahre 1966 und 1967 verliefen im Zeichen Vietnams. Die Präsidiumssitzung zu Budapest vom 20. bis 31. März 1966 erliess unter anderem einen «internationalen Aufruf für Aktionen» zur Unterstützung Vietnams sowie eine Erklärung gegen die zunehmende Verwendung von chemischen Kampfmitteln durch die USA. Hauptereignis war jedoch die WFR-Tagung vom 13. bis 16. Juni 1966 in Genf (unter Teilnahme der Vertreter von 80 Ländern und 11 internationalen Organisationen), welche die Völker der Welt aufrief, den «gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes» zu unterstützen und eine Zentralstelle für die Koordinierung der Antivietnamaktionen errichtete. Die Tagung beschloss ferner die Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz. 1967 waren ebenfalls mehrere Veranstaltungen (Präsidiumssitzung in Prag und in Leningrad) der europäischen Sicherheit gewidmet. Eine Sondertagung der Vertreter von 20 europäischen nationalen Friedenskomitees vom 8. bis 10. Oktober in Ostberlin beschäftigte sich dementsprechend mit dem Einsatz im Interesse der europäischen Zusammenarbeit.

Auch in den Jahren 1968 und 1969 stand das Vietnamproblem — Protestaktionen, Vietnamwochen, Kundgebungen usw. — im Mittelpunkt der WFR-Tätigkeit. Als Höhepunkt der Friedensaktionen bezeichnete der Generalsekretär des WFR, Romesh Chandra (Indien), in einem Interview in Warschau die am 15. November 1969 in 75 Ländern (darunter auch in den USA) durchgeführten anti-amerikanischen Vietnamkundgebungen. Das Jahr 1970 nannte er auch das Jahr der grössten Friedensaktionen, unter anderem für die europäische Sicherheitskonferenz, die wahrscheinlich als Muster für weitere regionale Sicherheitskonferenzen gelten werde.

Die Servilität der Friedensbewegung gegenüber der «Geldgeberin», der UdSSR, war seit Stalins Tod niemals so klar zum Vorschein gekommen wie an der am 3. April 1970 eröffneten erweiterten Session des WFR-Präsidiums in Moskau zu Ehren des «grössten Friedenskämpfers», Lenin (Lenin-Zentenarium). Der Generalsekretär erklärte in seinem Rechenschaftsbericht unter anderem:

«Von jenem Moment an, da die Sowjetregierung das Dekret über den Frieden unterzeichnete, wurde allen Menschen klar, dass es heute eine Regierung gibt, die ihre Aussenpolitik ... auf den Frieden stützt.»⁸

In der Botschaft an das Volk und die Regierung der Sowjetunion ging man in der Huldigung noch weiter:

«Heute ist die Sowjetunion die mächtige Stütze im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Fortschritt. Die Sowjetunion leistet unablässig alle notwendige Hilfe für Vietnam. Die Sowjetunion unterstützt mit voller Kraft die arabischen Völker gegen Israel und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus ...»

Quellen

¹ «Prawda», 31. 4. 1969, S. 4: Zwanzig Jahre Friedenskampf.

² Die Tatsache, dass alle Friedensgesetze zur gleichen Zeit — 1950/51 — und mit identischem Inhalt verabschiedet wurden, weist zweifelsohne darauf hin, dass sie von einem Zentrum — Moskau — diktiert worden waren. Die Friedensgesetze in Ungarn, Polen, in der Tschechoslowakei usw.

erschieden gegen Ende 1950; die UdSSR verabschiedete hingegen ihr Friedensgesetz am 12. März 1951.

³ Er war als eine Demonstration westlicher LinksinTELLEKTUELLER gedacht. Unter den Teilnehmern waren Arbeiterklasse und Bauertum nur mit 398 Personen — etwa 20 Prozent — vertreten.

⁴ Merkwürdigerweise spricht man aber in der sowjetischen Friedensoffensive immer nur über die Reduzierung der Streitkräfte, nicht aber über diejenige des Staatssicherheitsdienstes und der Grenztruppen, welche im Ostblock sehr stark sind.

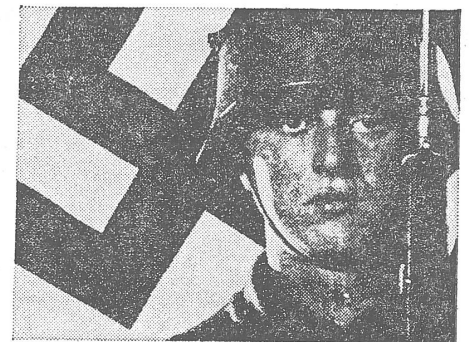
⁵ Dieser Idee folgend, erklärte der Präsident der Republik von Guinea, Sekou Touré, in einer Rede auf der zweiten Konferenz der Solidarität der afroasiatischen Völker in Conakry im April 1960: «Diesen Kampf (nämlich den nationalen Befreiungskampf) betrachten wir als einen Teil des Hauptkampfes für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Mit anderen Worten: Wir betrachten unseren Kampf gegen den Imperialismus und Kolonialismus als einen entscheidenden Faktor des allgemeinen Friedenskampfes.» — Vgl. «Die zweite Solidaritätskonferenz der afroasiatischen Völker» (russisch), Moskau 1961, S. 28.

⁶ «The People's Korea», Tokio, 5. 2. 1964: Abdruck einer langen offiziellen Erklärung, die nach der Warschauer Sitzung im offiziellen Parteiblatt Nordkoreas, «Rodong Shimon», erschienen war.

⁷ Ohne natürlich die Möglichkeit zu erhalten, die Verwendung der Gelder zu kontrollieren. Dies zuzulassen kam der sowjetischen Führung niemals in den Sinn.

⁸ «Prawda», 3. 4. 1970, S. 5.

(Mit dem WFR wird sich auch die nächste Folge noch befassen.)



Zwei Friedensbotschaften

Oben: «Die Bereitschaft des Friedens.» (Friedrich Heiss: «Deutschland zwischen Tag und Nacht.» Volk-und-Reich-Verlag, Berlin 1934.)

Unten: «Die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft wird siegen.» («Sowjetskaja Rossija», Moskau, 31. August 1961.)

